

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Zusteller 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.

Postfachkonto Nr. 23 885. „Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H.“ Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8897.

Sonnabend, den 3. September 1921

Anzeigenpreise: Die halbpaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgeluche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, halbpaltene oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Die Kampfanfrage des Proletariats!

Die Demonstrationen am Mittwoch sind ein Beweis für die Riesenkräfte, über die das Proletariat verfügt. Die instinktiven Willensäußerungen des Proletariats müssen jetzt ein bewußtes klares Ziel haben. Alle Arbeiterorganisationen müssen alle Kräfte für dieses Ziel mobilisieren.

Unsere Partei ruft die Arbeiter auf, sich einzusetzen für:

1. Restlose Entwaffnung der reaktionären Formationen (Ordnung, Einwohnerwehr, Stahlhelm, Roßbach usw.);
2. Entfernung aller offenen und verkappten Monarchisten aus Reichswehr, Verwaltung, Justiz;
3. Wahl der Vorgesetzten in der Reichswehr und Schupo durch die Mannschaften, Wahl der Richter durch das arbeitende Volk;
4. Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Freilassung aller politischen Gefangenen;
5. Bildung eines organisierten Selbstschutzes der schaffenden Massen zur Sicherung obiger Forderungen. Erziehung aller monarchistischen reaktionären Elemente in der Reichswehr und Schupo durch organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Jede Hoffnung auf papierne Erlasse der Regierung wird die Arbeiterkraft irreführen und lähmen. Versprechungen der Regierung ohne reale Garantien sind wertlos.

Arbeiter, habt Acht auf die Durchführung des Regierungserlasses.

Beratet in Betrieben und Gewerkschaften über die Lage und verlangt ultimatib sofortige Durchführung eurer Forderungen!

Lacht euch nicht durch Versprechungen auf parlamentarische Abhilfe ein! Lächerlich!

Unterstützt die Forderungen anderer Arbeiterorganisationen, soweit sie mit den obigen übereinstimmen! Seht euren Feldzug gegen die Konterrevolution fort!

Der Aufmarsch des Berliner Proletariats.

Eine halbe Million Demonstranten.

500 000 Proletarier im Lustgarten! Zu keiner Zeit und bei keinem Anlaß hat Berlin einen solchen Massenaufmarsch der Arbeiterschaft gesehen. Seit 3 Uhr nachmittags standen nicht nur die Groß-, sondern auch die Klein- und Mittelbetriebe still, hatten sogar die Büros der Regierung geschlossen, formierten sich die endlosen Züge der Arbeiter und Angestellten aller Parteien zur gemeinsamen Kundgebung. Bereits um 4 Uhr hatten die Massen, Kopf an Kopf gedrängt, ein wogendes Meer, im Lustgarten, auf dem Schloßplatz, in allen Zugangsstraßen. Einem großen Teil der Demonstranten, die aus den Vororten anrückten, war es unmöglich, bis in den Lustgarten und Schloßplatz vorzudringen. Die von den Parteien geleiteten Rednerreihen deshalb längst nicht aus, und Genossen aus der Masse sprangen dafür in die Breiche.

Die Massen waren da, doch wie mancher Proletarier mag es mit Erbitterung ertragen haben: Was sollte dieser imposante, noch nie dagewesene Zusammenballung von hunderttausenden Arbeitern und Angestellten?

Der große einheitliche Gedanke, das große einheitliche Ziel! Der revolutionäre Charakter der Demonstration, er kam äußerlich nicht zum Ausdruck! Die roten Fahnen überall in den Zügen allein tun es nicht, und haben es noch bei keiner Demonstration getan. Auf das Kampfbild, die innere Geschlossenheit der Demonstranten kommt es an. Etwa demonstrieren für die „Republik“, die uns hungern läßt, die uns Steuern bis zum Reißbrot abpreßt, die unsere Lohnkämpfe mit Hilfe der bewaffneten Macht niederdrückt, die keine Wohnungen schafft, und nicht das Allernotwendigste tut, um uns vor reißender Verelendung zu schützen?

Sowohl, ihr Herren von der „Demokratie“! In den Augen von hunderttausenden Proletariern gestern im Lustgarten brante die Frage: Demonstrieren wir heute für die „Erhaltung der Republik“, die zehntausende von Klassengenossen in den Zuchthäusern gefangen hält?

Nein und tausendmal nein!

Die Massenbewegte Masse, die kam, um nicht für die „Erhaltung der Republik“ hinter der vereinzelten, in einem Meer von Rot untergehenden schwarz-rot-goldenen

abgewählt über die Schandtat, die sich die schwarzeste Konterrevolution bis zuletzt in der demokratischen Republik erlauben durfte.

Nicht für eine „Demokratie“, in der die besten der Arbeiterschaft gemindert wurden, kamen die Hunderttausende, sie kamen, um zu zeigen, daß noch in Deutschland die Revolution lebt.

Und überall, wo von den Massenbewußten Rednern der Gedanke der proletarischen Revolution, der Gedanke des unerbittlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie zum Ausdruck gebracht wurde, sprudelte spontan der Jubel hervor, zerstreute sich der Nebel, das Ungewisse.

Und auch das war nicht von ungefähr, war ein Symbol, als kurz vor dem Auseinandergehen ein Proletarier das Kaiser-Wilhelm-Denkmal erklomm und unter ungeheurer, nicht endenwollender Begeisterung, auf dem Helm des „großen Kaisers“ sitzend, die rote Fahne schwenkte!

Frankfurt a. M.

Dem Aufruf der SPD, USPD, KPD und des Ortsausschusses des ADGB sind die Arbeitermassen heute geschloffen gefolgt. Punkt vier Uhr versammelten sie die Betriebe und sammelten sich auf dem Opern-Platz, wo die Vertreter der drei Parteien zu ihnen sprachen. In dem gemeinsamen Aufruf der Ar-

Der Proletarier, der Rußland hilft, der hilft sich selbst!

Rußland braucht Getreide gegen den Hunger.

Rußland braucht Medikamente, um die Gesundheit zu erhalten.

Rußland braucht Maschinen, um die Produktion zu steigern.

Rußland braucht Ruhe, um aufbauen zu können.

Geben wir, was wir übrig haben. Rußlands Proletariat hat 3 Jahre Krieg geführt gegen die Reaktion im Lande und gegen die Reaktion der ganzen Welt. Einen Tag wollen wir voll und ganz für Rußland arbeiten. Wir wollen helfen, indem wir geben, was Rußland braucht.

Rußland braucht Arbeiter-Regierungen in der ganzen Welt!

beiterparteien und der Gewerkschaften waren als Kampfparsolen folgende Forderungen aufgestellt:

1. Rühmlichstes Vorgehen gegen die konterrevolutionären Mordanschläge, ihre Hintermänner, Geldgeber und Helfershelfer. Freilassung der hinter Konterrevolutionen stehenden politischen Gefangenen. 2. Säuberung der Verwaltungskörper des Reichs und der Einzelstaaten von den reaktionären Elementen in der Bürokratie. 3. Demokratische Organisation der Reichsmacht und Entfaltung der konterrevolutionären Mordanschläge aus den leitenden Stellen. 4. Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter und Organisation der Justiz auf Grundlage der Arbeiterwahl durch das Volk. 5. Abänderung des Erbgesetzes vom 23. August 1911. 6. Welt, daß aus ihm klar zu erkennen ist, daß er für die national-monarchistische Sache steht.

Leipzig.

Auf dem Augustusplatz hatten sich 50 000 Arbeiter zur Demonstration gesammelt. Es sprachen Redner der drei sozialistischen Parteien. Die Forderungen der KPD, besonders nach dem proletarischen Selbstschutz, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nach der Versammlung formierte sich ein gewaltiger Demonstrationsszug, der nach dem Platz vor dem Reichsgericht zog, wo seine Auflösung erfolgte. Die Demonstration ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Gewaltige Demonstrationen sind noch zu melden aus Eisenburg, Taucha, Pegau, Altenburg.

Offen.

Über 30 000 kommunistische und sozialistische Arbeiter hatten sich auf dem Burghaus versammelt, um für die Auflösung aller konterrevolutionären Organisationen, Befreiung der reaktionären Beamten, Freilassung der politischen Gefangenen, Richterwahl durch das Volk und proletarischen Selbstschutz zu demonstrieren. Die Polizei war vollkommen zurückgezogen, so daß es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen ist.

Stettin.

Dem gemeinsamen Aufruf der SPD, USPD und KPD sind über 40 000 Arbeiter gefolgt, um gegen das Verbot der linken Verbände zu demonstrieren. Die Züge bewegten sich durch das Bourgeoisie-Viertel. Es sprachen Vertreter aller drei Parteien.

Genossen Müller, den Kampf gegen die Reaktion durchzuführen, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Hannover.

Ungefähr hunderttausend Menschen beteiligten sich an der Demonstration der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften gegen die Reaktion. Zu spontanen Kundgebungen kam es, als der Zug an der Villa v. Hindenburg vorbeizog. Die Demonstranten riefen: „Nieder mit Hindenburg und Lubenborff! Hoch die Weltrevolution! Es lebe der Geist Liebesnichts und Rosa Luxemburg! Hoch Lenin und Trotski!“ Die Kundgebung verlief ohne jeden Zwischenfall.

Chemnitz.

Dem gemeinsamen Aufruf der SPD, USPD, KPD, des Gewerkschaftsrates und der Afa waren ungefähr 70 000 Arbeiter gefolgt, um gegen die Reaktion zu demonstrieren. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen.

Halle.

Gewaltige Massen haben sich am Mittwoch nachmittag um 5 Uhr in den gesamten Räumen des „Volksparcs“ zur Demonstration gegen die Reaktion versammelt. In einem gemeinsamen Aufruf hatten das Gewerkschaftsrat der SPD, die USPD und die KPD, die Arbeiterschaft zusammengerufen.

Stuttgart.

Am Mittwoch demonstrieren in Stuttgart circa 30 000 Arbeiter gegen Hunger, Reaktion und politischen Mord. Die Mehrheitssozialisten, USPD und Gewerkschaften hatten versucht, die Kommunisten von der Demonstration auszuschließen, obwohl die Kommunisten als erste zu der Demonstration aufriefen. Von der KPD sprachen die Genossen Zittel, Hammer und Schneider auf dem Marktplatz. Der Demonstrationsszug wurde vollständig von den Kommunisten beherrscht. Der Demonstrationsszug bewegte sich nach dem Gewerbehallenplatz. SPD, USPD und Gewerkschaften hatten unter sich eine Fraktion gebildet, die mit der Regierung über die Forderungen der SPD und USPD verhandeln sollte. Die Antwort sollte auf dem Gewerbehallenplatz entgegen genommen werden. Hier sprachen die Genossen Schreiner, Zittel und Schneider. Ihre Ausführungen wurden von den Arbeitern mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Verhandlungskommission mußte bei ihrer Rückkehr erklären, daß der Ministerpräsident es vorgezogen hatte, nicht anwesend zu sein. Sein Stellvertreter habe aber erklärt, daß er im großen und ganzen mit den Forderungen einverstanden sei. Ein schallendes Hohngelächter der Massen war die Antwort. Die Erregung der Massen war eine gewaltige. Sie stellten sich hinter die Forderungen der kommunistischen Redner und gelobten, nicht abzulassen vom Kampf und einig und fester wiederzukommen. Unter den Arbeitern der SPD und USPD war eine lebhafte Erregung darüber, daß ihre Führer versucht hatten, die Kommunisten von der gemeinsamen Aktion auszuschließen. Gerade die Mehrheitssozialisten machten ihrer Erregung dadurch Luft, daß sie erklärten, nicht länger mehr Mitglieder der SPD zu bleiben. Wenn die Menschewisten versucht hätten, die Kommunisten auszuschließen, so werden sie durch diese Demonstration schon bekehrt sein, daß das unmöglich ist.

Bremen.

20—25 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der drei Parteien versammelten sich heute zu einem Protest gegen Mord und Blutschuld. Es wurde restlos Entwaffnung der verkappten und offenen Reaktion und Bewaffnung der Arbeiterschaft gefordert. Die Behörden hatten es für nötig gehalten, ein großes Polizeieinsatz aufzustellen. Die Bannmeile war mit Drahtverhau abgeheert. Trotz dieser provokatorischen Maßnahmen verlief die gewaltige Kundgebung ohne Zwischenfälle. Die Deutsche Volkspartei hatte am gleichen Tage eine Lannenberg- und Sedanfeier geplant. Nach Ankündigung der Arbeiterdemonstration wurde diese Feier aufgeschoben.

Hamburg.

Über 100 000 Arbeiter demonstrieren heute gemeinsam mit der Kommunistischen Partei gegen die Reaktion. Obgleich die SPD ihre Anhänger dazu aufgefordert hatte, nicht mit den Kommunisten zusammen zu demonstrieren, fanden sich die Arbeiter spontan in den Betrieben und gingen geschlossen mit der Kommunistischen Partei. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen.

Elberfeld-Barmen.

In den beiden Schwesterstädten Elberfeld und Barmen demonstrieren heute nachmittag gegen 5 Uhr 50 bis 60 000 Personen für den Schutz und die Sicherheit der Republik. Im Zuge wurden schwarz-rot-goldene und rote Fahnen getragen. Das Barmener Rathaus hatte die republikanische Fahne gehißt. Straßen- und Schwebbahn fuhren nicht, und die Läden waren geschlossen. Nach der Versammlung scharten sich Zehntausende zum Zuge durch die Städte. In dem Reichsstadler wurde ein Telegramm gerichtet, in dem betont wird, daß die Demonstranten hinter der Regierung stehen, es werde von der Regierung erwartet, daß die Verordnung nicht auf dem Papier stehen bleibe, sondern in die Tat umgesetzt wird.

Breslau.

Auf dem Schloßplatz fand eine Demonstration der sozialdemokratischen Partei unter Teilnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Nach der Verlesung des Beschlusses der Parteivorstandung wurde ein Demonstrationszug zu der Reiberei der Schloßstraße und zur Wohnung des Professors von Freytag-Loringhoven. Später gingen die Demonstranten ruhig auseinander. Eine vom Bund der Aufrechten für den 1. September geplante Tannenbergsfeier wurde vom Polizeipräsidenten verboten.

Die „Schlesische Tagespost“ übertrifft die Berliner „Deutsche Arbeiter-Presse“ an Verleumdungen. Warum wurde sie nicht verboten?

Magdeburg.

In Magdeburg verlief die Demonstration der sozialistischen Parteien unter großer Beteiligung ohne Störung der Ordnung. Das Regierungsgebäude zeigte die schwarz-rot-goldene Fahne. Die Geschäftsstelle der unabhängigen sozialistischen Zeitung wurde blutrot geflaggt. Sonst wiesen die Straßen keinerlei Flaggenbesatz auf. Im Zuge befanden sich Plakate mit den Aufschriften: „Freiheit und Demokratie“, „Für die Republik“, „Wir verurteilen die Kämpfe der Sozialdemokratie“, „rote Fahne und der Stahlhelm“.

München.

Die von der Sozialdemokratischen Partei Münchens einberufenen Versammlungen, die eine Landhebung für die Republik und gegen den politischen Verbotszustand, hatten einen Massenbesuch aufzuweisen. Es gelangte in ihnen eine eingehende Besprechung der Lage zu Stande. In der Reichshaus wurde ein Telegramm gerichtet, in dem die Hoffnungen über den Ausnahmezustand und die Verhältnisse, deren Handhabung die Sache der Republik schädige, von Reichswegen beseitigt werden. Nach den Versammlungen bildeten sich einige Züge von Jugendlichen, die von der Polizei gestoppt wurden. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Osnabrück.

Die heutige Demonstration verlief unter ungeheurer Beteiligung. Circa 20.000 Arbeiter, Beamte und Angestellte demonstrierten. Die roten Fahnen überwiegen bei weitem.

Raffel.

In der Stadthalle folgten etwa 10.000 Sozialisten aller Schattierungen der Aufforderung zu einer Demonstration. Die Demonstration verlief ruhig. Dabei wurde bekanntgegeben, daß Oberbürgermeister Scheidemann, der sich gegenwärtig in Bad Dillingen aufhält, täglich eine große Anzahl Drohbriefe erhält, in denen ihm das gleiche Schicksal wie Erzberger angedroht wird.

Der Polizeipräsident hat eine für Sonntag geplante Tannenbergsfeier für unzulässig erklärt.

Lein.

Die Reichssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten veranstalteten heute nachmittag auf dem Marktplatz eine große Demonstration für die Republik, gegen die politischen Verbote und für die wirtschaftliche Einheitsfront der Arbeiterklasse. Bei dem Einmarsch des Kurfürsten Johann Friedrich wurden mehrere Reden gehalten. Danach zogen die Demonstranten unter Führung von roten Fahnen durch die Stadt. Die Demonstration ist völlig ruhig verlaufen.

Siel.

Die gewaltige Demonstration der sozialistischen Parteien und der Kommunisten ist in völliger Ruhe und Disziplin verlaufen. Zwanzigtausend Personen hatten sich zu einem gewaltigen Zug zusammengeschlossen und zogen durch die Stadt. Die Straßenbahn hatte ihren Betrieb von 2 bis 6 Uhr eingestellt. Ebenso die Straßenbahn und Straßenbahn.

Schwerin.

Unter ungeheurer Beteiligung fand hier die gemeinsame Demonstration der drei Arbeiterparteien statt. Sie endete mit einer Riesensammlung im Marktplatz. Alle Anwesenden gipfelten in der Notwendigkeit der Schaffung der proletarischen Einheitsfront gegen die Reaktion und wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen.

Dresden.

In den Landhebungen, die heute die Sozialisten und Kommunisten in Dresden veranstalteten, verliefen ruhig und ohne jede Zwischenfälle. Bemerkenswert war, daß man nicht eine einzige Fahne, eine Fahne, noch eine Fahne sah.

Was weiter?

In gewaltiger Form ist in Berlin und im Reich das Proletariat aufmarschiert, um der Monarchistenfront die Zähne zu zeigen. Ein Riesenaufmarsch, wie ihn Deutschland seit langem nicht gesehen hat. Und es ist kein Zufall, daß über den hunderttausendköpfigen Massen, die aufmarschiert waren, die roten Fahnen flatterten, die Zeichen des revolutionären Proletariats, und am ganz vereinzelt die schwarz-rot-goldenen Farben der bürgerlichen Demokratie. Es ist die Arbeiterklasse, die sich sammelt in jedem Augenblick, wo die bürgerliche Republik von rechts her bedroht ist, und sie weiß, daß sie, angehen in der Farbe ihrer Haken und mit allen Tritten des Proletariats in der Stadt.

Die Frage, die sich jetzt jedem Arbeiter aufdrängt, die sich in hundert Formen ausdrückt, ist: Was weiter? Sie zeigen wir unseren Sinnen in die Zukunft?

Denn bis jetzt ist so gut wie nichts erreicht.

Der Aufmarsch des Proletariats hat die Monarchistenfront für einen Augenblick von der öffentlichen Bühne verjagt. Eine Handvoll der jetzigen Monarchisten hat für einige Tage verstanden. Das ist alles!

Der Ausnahmezustand in Bayern besteht noch in voller Kraft. Die tausende proletarischen Kämpfer, die hinter Gefängnismauern schmachten, sind noch immer nicht frei.

Und vor allem: Die legalen und illegalen Zwangsmittel der monarchistischen Konterrevolution sind noch nicht beseitigt. Auch nicht das kleinste Stückchen ist aus diesen Werkzeugen herausgerissen.

Stahlhelm, Freikorps, Reichswehr, das ganze gemeinsame Netz der Konterrevolution ist noch heil. Monarchistische Offiziere kommandieren die Reichswehr und die Schupo, monarchistische Richter sitzen noch streng zu Gericht über das arbeitende Volk und haben ein mildes

Gesetz für ihre Klassengendarmen, die Proletariat oder selbst bürgerliche Demokraten meucheln. In der Presse, auf der Kanzel, in den Lehrstühlen, in den Kontoren der Schwerindustrie geht noch ungebrochen die öffentliche und geheime monarchistische Verhöhnung weiter.

Die Arbeiterklasse muß sich vollkommen klar darüber sein, daß noch nichts erreicht ist, und daß alles, was sie will, erst noch durchgesetzt werden muß, und daß nur die Arbeiterklasse es durchsetzen kann.

Dagegen ist nötig: Klarheit und zäher Wille. Klarheit, die sich nicht mit Worten, mit papierernen Verordnungen abgeben läßt. Ein zäher Wille, der sich nicht ablenken läßt durch die tausend Listen und Ränke der Bourgeoisie und ihrer Helfer.

Die Arbeiterklasse bedarf greifbarer Sicherungen, greifbarer Ergebnisse.

Es genügt nicht, daß die revolutionären Formationen (Orgele, Einwohnervorposten, Stahlhelm, Rotbach usw.) sich für einen Augenblick vertreiben, sie müssen restlos entwaffnet und aufgelöst werden. Es genügt nicht, daß die monarchistischen Offiziere in Reichswehr und Schupo, die monarchistischen Beamten in Justiz, Verwaltung usw. plötzlich die „Republikaner“ mimen. Sie müssen verschwinden. Nur die Wahl der Vorgesetzten in Reichswehr und Schupo durch die Mannschaften, die Wahl der Richter, Staatsanwälte usw. durch das arbeitende Volk sind wirkliche Sicherungen.

Es bedarf eines organisierten Selbstschutzes der schaffenden Massen vor dem Verfall der Konterrevolution.

Die Arbeiterklasse darf sich nicht einseitig lassen durch Regierungserlasse und parlamentarische Mandate. Sie muß die Handlungen der Regierung mit dem größten Misstrauen beobachten und sie muß Worte für nicht mehr nehmen als Worte.

Mögen Arbeiter, Angestellte, Beamte die Lehren ziehen aus der bitteren und blutigen Erfahrung von zweieinhalb Jahren. Mögen sie in Betrieben, Gewerkschaften, Kontoren und Kneipen sich erinnern, daß die heutige Gefahr der Reaktion nur darum besteht, weil sie vor einem Jahr, nach dem Rapp-Putsch, auf hellem Wege stehen geblieben sind.

Keine Sicherung, solange die alte monarchistische Offizier- und Bürokratenbande im Meer, in Polizei, Justiz und Verwaltung die Staatsmaschine in der Hand hat!

Die Sozialdemokraten finden es passend, in diesem Augenblick die Arbeiterklasse vor „kommunistischen Unversorgbarkeiten und Gefährlichkeiten“, vor „putschistischen Wahnsinnsirreisen“ zu warnen. Die Warnung ist mehr als überflüssig. Wir Kommunisten, die wir uns eins fühlen mit den kämpfenden Massen, die wir in Reich und Glied des gesamten Proletariats stehen,

wir erinnern uns: Die Arbeiterklasse an das, was die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführerschaft im März 1920 versäumt hat an Sicherungen zu schaffen, wir werden darüber nachdenken, daß die große Masse der Arbeiterklasse nicht zum zweitenmal sich mit Wind abspülen läßt.

Kahr preist auf die Reichsregierung.

II. München, 1. September.

Der bayerische Ministerrat hat, wie wir erfahren, beschlossen, gegen eine Veränderung des Ausnahmezustandes in Bayern aufzutreten, ebenso auch gegen den die Hoheits- und Vertragsrechte verletzenden, die alten Offiziere und Mannschaften tief kränkelnden Uniformerlass.

Der Widerstand des Landtags wird organisiert.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ behauptet, kürzere Nachrichten aus Berlin erhalten zu haben, wonach schon heute von Berlin aus der Belagerungszustand in Bayern aufgehoben werden soll. Für diesen Fall verlangt das Blatt, daß sofort der bayerische Landtag einberufen werde, damit die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien des bayerischen Landtages in der Zurückweisung der Eingriffe in die staatliche Selbstständigkeit Bayerns auch nach außen hin sichtbar in die Erscheinung trete.

Die bayerische Reaktion organisiert den Widerstand. Sie höst vor gegen das Reich, noch ehe die Reichsregierung es gewagt hat, auch nur auf dem Papier einen Schritt gegen sie zu unternehmen. Von Bayern aus soll

der gesamten Reaktion das Rückgrat gestiftet und die Regierung gezwungen werden, sich statt gegen die Reaktion gegen den Aufmarsch der Arbeiterklasse zu wenden.

Die Arbeiter verlangen nicht nur, daß die Reichsregierung den Belagerungszustand in Bayern unverzüglich aufhebt, sondern sie verlangen auch wirkliche Maßnahmen, durch die die Aufhebung des Belagerungszustandes auch gegen den Widerstand der Kahr-Regierung durchgeführt wird.

Belagerungszustand und Presseverbote in Kahr-Bayern bleiben bestehen.

(II.) München, 31. August.

Das Landgericht München hat die Beschwerde der „Münchener Morgenpost“ gegen das über sie verhängte Verbot abgelehnt.

Die kommunistischen Zeitungen sind ebenfalls unterdrückt. Dagegen dürfen ohne Genehmigung der Polizei keine Versammlungen stattfinden. Kommunisten dürfen weder öffentliche noch Mitarbeiterversammlungen abhalten.

Die Reichsregierung wagt es nicht, gegen Orgele-Bayern vorzugehen. Die Arbeiter müssen der Regierung den Weg vorschreiben.

Die Regierung zittert vor dem Aufmarsch der Arbeiterklasse.

III. Biberach, 31. August.

Bei der Beerdigung Erzbergers hielt der Reichsanwalt Wirth eine Rede, die beweist, daß die Regierung schon jetzt, da noch keine einzige ernsthafte Maßnahme gegen die Reaktion getroffen ist, sich vor dem Aufmarsch der Arbeiterklasse mehr fürchtet als vor der Reaktion. Wirth führte aus:

„Aber bei allen nicht durch Gäh und Verblendung im Urteil Getriebenen hätte die Kunde die nämliche Bewegung ausgelöst; insbesondere bei dem einfachen Volke, bei dem arbeitenden Volke. Heute sind auch zu vielen Tausenden die Arbeitermassen in der Hauptstadt des Deutschen Reiches in Bewegung. Die Welle kann auch ganz Deutschland durchziehen. Mäandrieren Gefahren können daraus entstehen. Welche denen, die noch einen Tropfen in diesen überbollen Kelch schütten. Er kann überlaufen. Aufs neue kann das Chaos über Deutschland heraufbeschworen werden.“

Er nennt Erzberger ritterlich und deutsch, preist seine Verdienste um die Unterzeichnung des Friedensvertrages und um die Schaffung der demokratischen Verfassung, die die Einheit des Reiches seit dem Verschwinden der Dynastie erhalten:

„Das ist der neue demokratische Staatsgedanke. In seiner Wiege fand unser Freund Erzberger. Es war die Zeit, als die rote Flut von Osten her uns zu überschwemmen drohte. Das sind seine Taten. Das ist die gigantische Größe seiner Leistungen. Ich weiß nicht, ob man heute schon vergessen hat, was da geleistet wurde unter der Führung unseres Freundes. Er hat sich als Schöpfer einer neuen Wehrmacht bewährt, indem er die Mittel für das erste Regiment aufbrachte.“

Erzberger selbst hat nach Wirths Zeugnis die Reaktion hochgeschätzt, die ihn gemordet hat, aber Wirth erklärt „das Vaterland in Gefahr“ — vor dem Aufmarsch der Arbeiterklasse!

Ausführungsbefimmungen zur Ebertverordnung.

Nach Mitteilung der bürgerlichen Presse hat das Reichsministerium des Innern die angekündigten Ausführungsbefimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten ausgearbeitet. Diese Ausführungsbefimmungen haben ungefähr folgenden Wortlaut:

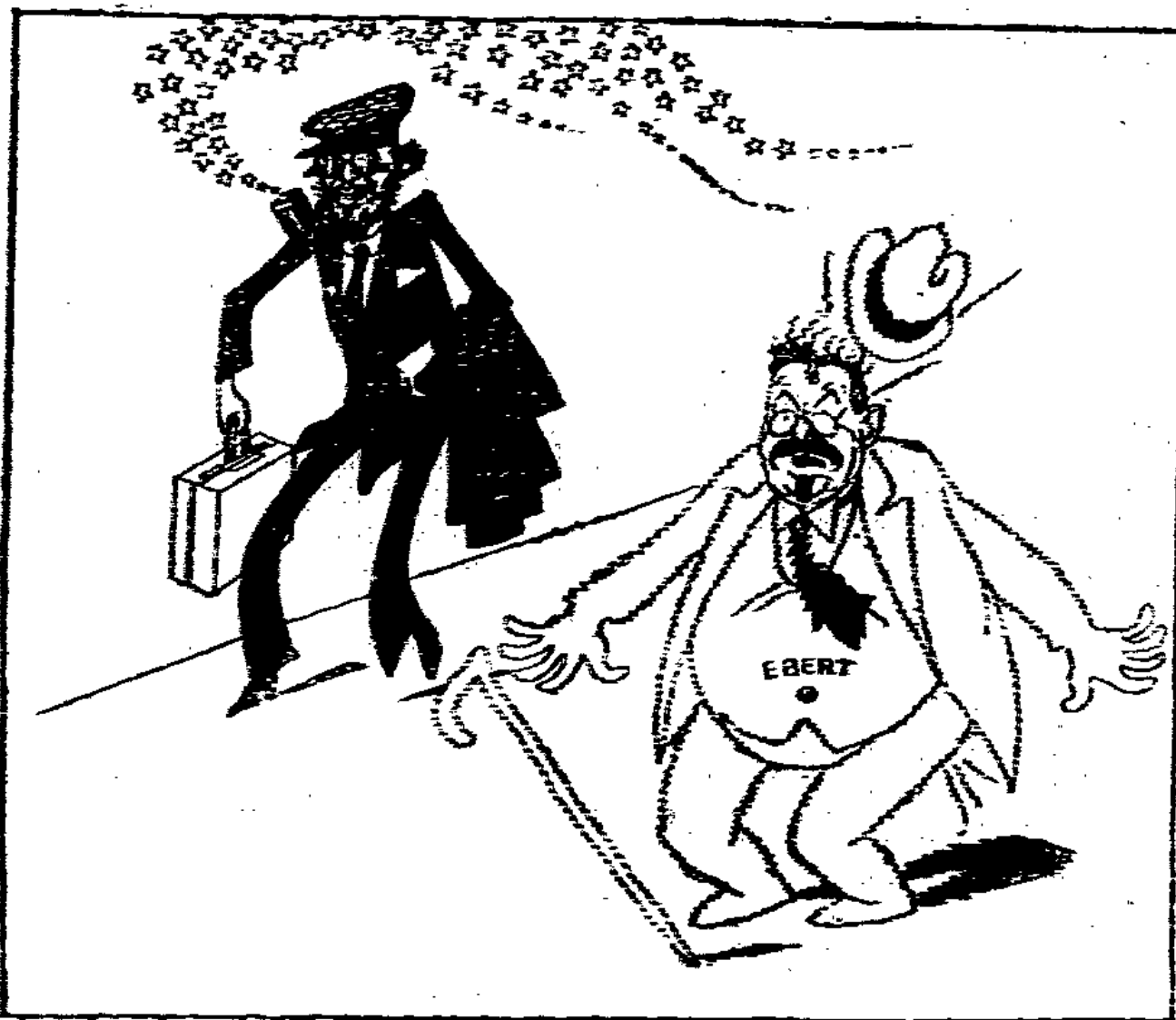
Ausführungsbefimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung:

Auf Grund Paragraph 1, Absatz 3, und des Paragraph 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 bestimme ich (Reichsminister des Innern) folgendes:

1. Die Befugnis zum Verbot periodischer Druckschriften gemäß Paragraph 1 Absatz 1 der vorgenannten Verordnung, sowie zur Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung gemäß Paragraph 2 der Verordnung übertrage ich den Disziplinargewaltbehörden.

Das angeführte Verbot und die Beschlagnahmeverfügung sind spätestens binnen 24 Stunden schriftlich zu begründen und mit der Begründung dem Verleger der Druckschrift sofort mitzuteilen.

Hütet Euch vor den „Turkistanern“!



Das Zentralorgan der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Berliner „Freiheit“, bringt in seiner Mittwoch Abendausgabe wahrscheinlich zur Illustration des Willens der unabhängigen Führer, die proletarische Kampffront herzustellen, folgenden Aufruf:

Hütet Euch vor den „Turkistanern“!

Mit den Arbeitern der USPD und der SPD werden auch die kommunistischen Proletarier gemeinsam den Kampf gegen die Reaktion führen. Das ist hochfunktional.

Aber es muß gewarnt werden vor den „Turkistanern“, jenen unverantwortlichen Elementen, die auf Roßstärker Befehl alle Aktionen des deutschen Proletariats zu putschistischen Zwecken ausnutzen. Zusammenstöße provozieren, damit Blut fließt und Konflikte geschaffen werden. Ihr Treiben geriert die Einheitsfront des Proletariats, neigt sie der Reaktion vorspannen. Deshalb, Proletarier,

folgt keiner Parole der Turkistaner!

Daß Du die Nase ins Gesicht behältst!

Unter dem Eindruck von Erzbergers Ermordung und ihren Folgen in Deutschland ist die Aufmerksamkeit von einer wichtigen Entscheidung abgelenkt worden, die mit dem Wiesbadener Abkommen gefunden wurde. Dagegen entspinnt sich in der französischen und englischen Presse eine lebhafteste Debatte über die Folgen dieses Abkommens. Der Temps weist mit sehr viel Obbau

raute auf die Vorteile des Abkommens für Frankreich hin. Er beruft sich auf das Urteil Keynes, daß Sachleistungen wohl für England, aber nicht für Frankreich schädlich seien und er sucht dies noch für etwaige unglückliche französische industrielle Kreise zu beweisen durch die These, daß erstens Frankreich nach dem Abkommen nicht gezwungen ist, Waren von Deutschland anzunehmen, zweitens der Markt in den Wiederaufbaugebieten nur ein provisorischer und sehr spezieller sei, der eines Tages sich natürlich erschöpft und drittens müsse offen ausgesprochen werden, daß Frankreich Zahlungsschwierigkeiten habe, die sich steigern müßten, je weniger Deutschland zahlungsfähig wäre. Es hat sich also ein vollkommener Wechsel in der französischen Reparationspolitik unter dem Druck der französischen Räte durchgesetzt, denn noch vor zwei Monaten wollte Poincaré von Sachleistungen nichts wissen. Seine wichtigste unmittelbare Folge ist eine Vertiefung des enghirnigen französischen Gegenstandes, die sich schon jetzt in Pressekommentaren kundtut.

Die bürgerliche englische Presse zur gegenwärtigen Lage Deutschlands.

Die englische Presse beschäftigt sich heute mit der in Deutschland durch die Ermordung Erzbergers geschaffenen Lage. Die „Daily News“ führt aus, daß die englische Politik nicht durch Tatsachen, wie die Ermordung Erzbergers, beeinflusst werden könne. England und die anderen Alliierten müßten darauf dringen, daß der Friedensvertrag strengstens beobachtet werde. Englands Politik wolle die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, und die internationale Politik Deutschlands führe England nur insofern, als dadurch der Friedensvertrag berührt werde, denn die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages bedeute die Sicherheit Europas. Weder Großbritannien noch Frankreich wollen die Rückkehr der Parteien zulassen, die den Krieg hervorgerufen haben. Die Garantie Englands ist die Unterstützung Deutschlands. England wolle das industrielle Gedeihen Deutschlands, (also die Niederhaltung der Arbeiter! D. R.) damit England und seine Alliierten den Vorteil hätten, mit Deutschland Handelsbeziehungen zu knüpfen, denn dann werde Deutschland imstande sein, alle Entschädigungssummen zu bezahlen, die England fordern wird. Die Daily News erklärt, daß man das Kabinett Wright in der doppelten Gefahr des Militarismus und des Kapitalismus unterführen müsse. Die „Times“ erkennt an, daß das militärische Deutschland die Verpflichtungen, die es bezüglich der Reparationszahlungen einging, nicht würde halten können, da ein militärisches Deutschland ein Opfer des Bürgerkrieges werden würde. In einem Artikel erklärt der diplomatische Redakteur des „Daily Telegraph“, daß die moralische Reaktion der Ermordung Erzbergers die Parteien der Mitte und der Linken zu einer gescheiterten Koalition gegen die reaktionären Kräfte vereinigt habe, zugleich habe die Ermordung Erzbergers das Kabinett Wright von einer verächtlichen und wenig volkstümlichen Verbindung mit dem nunmehr ermordeten Staatsmanne befreit.

Die Humanität über die Lage nach Erzbergers Tötung.

In „L'Humanité“ schreibt Genosse Paul Louis über die gegenwärtige Lage in Deutschland u. a. folgendes: Die Ermordung Erzbergers, die der Ermordung von Garibaldi nachfolgt, zeigt die Absichten und die Kühnheit der deutschen Reaktion. Nachdem sie zuerst die Männer getroffen hatte, die aus dem Proletariat hervorgingen, wendet sie sich jetzt gegen die Vertreter des Bürgertums, welche die Wiederherstellung der Monarchie bekämpfen. Auf die Nachricht vom Tode Erzbergers haben die Münchener Monarchisten ihre Freude kundgegeben. Die Vorläufer der Hohenzollern und die Mordmörder des Großen Generalstabes stehen hinter dem Attentat auf Erzberger. Man will all diejenigen terrorisieren, die ein Hindernis für die Rückkehr des alten Systems darstellen. Auch die Feiertag im Grunewald (der Fronzampferstag) war deutlich genug. Die Generale haben dort die Wiederherstellung des Kaiserreichs angekündigt, aber dafür haben in Brandenburg 700 Arbeiter verhindert, daß General v. Stein sprach; und in München haben die Gewerkschaften und Betriebsräte trotz der Maßnahmengewalt des Herrn v. Kahr die Demonstration beschlossen. Diese beiden Tatsachen sind auch bedeutsam. Die Revolution und die Gegenrevolution stehen sich heute in Deutschland von Angesicht zu Angesicht gegenüber, ganz ebenso wie in den Tagen der Kapp-Revolution. Heute steht sich die Gegenrevolution, gestärkt durch die Siege, die sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Verräter erlitten hat, im Vertrauen auf die Spaltung des Proletariats, auf die Passivität der Scheidemänner und auf die Schwäche der Unabhängigen, zum Generalsturm an. Es handelt sich darum, Wilhelm II. zurückzubringen.

Aber der Versuch der Gegenrevolution wird ohne Zweifel das Signal der Revolution bedeuten. Die kommunistische Partei, die gekämpft hat aus dem Januar-Parlament hervorgegangen ist, vermag jetzt den Ruf zur proletarischen Einheitsfront zu erheben. Bisher hat sich die erste kommunistische Partei in der Welt in der Moskauer Partei: „Fernen an die Waffen!“ in die Tat umsetzt.

Der amerikanische Bergarbeiteraufstand.

Das „Echo de Paris“ vermischt dazu, daß im westlichen Virginia ein wahrer Bürgerkrieg ausgebrochen sei. Es wurden Truppen entsandt zur Unterdrückung der schon seit längerer Zeit zwischen den Gewerkschaften der Bergwerksgebiete und den Grubenbesitzern dauernden Streitigkeiten. Die Gewerkschaften ziehen mehrere tausend Mann stark gegen die Hauptstadt Virginias. Die Regierung von Virginia hat in Washington dringend Hilfe verlangt. Das Kriegsministerium hat Truppen mit Maschinengewehren, Geschützen und Apparaten für drahtlose Telegraphie entsandt. Die Gewerkschaften haben mehrere Misshandlungen angeklagt und zahlreiche strategisch wichtige Stellungen rings um die Stadt Charlesstown besetzt.

Die beiden Beamten des Bergarbeiter-Verbandes von Kanjas, Howard und Dondy sind wegen Streikpropaganda zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. So mag es das amerikanische Großkapital mit dem Proletariat anjagen.

Gegen den Achtstundentag. Die 200 Eisenbahngesellschaften der Vereinigten Staaten haben einstimmig an die Regierung die Forderung gerichtet, den Achtstundentag abzuschaffen und den Zehnstundentag auf den Eisenbahnen wieder einzuführen. Die Eisenbahnen treten diesem Vorstoß des Kapitals entschieden entgegen. Die Entscheidung der Regierung dürfte am 1. September bekannt werden.

Nieder mit der Hungeroffensive des Kapitals gegen Sowjetrußland!

An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Die kommunistische Internationale hat schon in ihrem ersten Aufruf, in dem sie euch aufforderte zur Hilfsaktion für das hungernde Sowjetrußland, darauf hingewiesen, daß es sich nicht darum allein handelt, Brot und Medikamente zu verschaffen, sondern auch darum, die kapitalistischen Mächte daran zu verhindern, die Not Sowjetrußlands auszunützen, um von ihm politische Zugeständnisse zu erpressen oder sogar neue Feldzüge gegen Sowjetrußland vorzubereiten. Unsere Befürchtungen haben sich als berechtigt gezeigt. Die kapitalistischen Regierungen erklären zwar, daß sie die Frage des Hungers in Rußland als eine rein humanitäre Frage behandeln wollen, aber das ist Lug und Trug.

Für alle kapitalistischen Regierungen ist der Hunger in Rußland ein willkommenes Bundesgenosse in ihrem Vernichtungskriege gegen den Staat der Arbeiter und Bauern.

Das beweist in erster Linie die französische Regierung, indem sie einen militärischen Schlag gegen Sowjetrußland vorbereitet. Sie sammelt große Truppenmassen um Oderschlesien nicht nur, um neben dem Ruhrgebiet auch das oberschlesische Kohlengebiet unter der Drohung der französischen Kanonen zu halten, sondern um Oderschlesien zur militärischen Basis gegen Sowjetrußland zu machen.

Die polnische Armee ist geschwächt. Die wirtschaftliche Lage Polens erlaubt der polnischen Regierung nicht, offen auf einen neuen Krieg gegen Sowjetrußland hinzuwirken. Briand sucht also französische Kräfte dort anzusammeln, Stäbe zu bilden, Munition zu magaziniern, um im Winter, wenn der Mangel an Heizungsmittelein die Not in Rußland steigern wird, Polen und andere Randstaaten zu einem Feldzug gegen Sowjetrußland mitzuführen.

In diesem Sinne wirken die Agenten der französischen Regierung in allen Randstaaten. In Rumänien haben sie schon große Erfolge erzielt. Für den Herbst bereitet Rumänien „große Manöver“ vor, die in Wirklichkeit Vorbereitungen für einen Winterfeldzug gegen Sowjetrußland darstellen. Gleichzeitig hat die französische Diplomatie alles getan, um jede Teilaktion einzelner humanitärer Organisationen zugunsten Rußlands zu verhindern. Unter der Förmung der Notwendigkeit der Konzentration der Hilfe suchen die Drahtzieher des internationalen Kapitals diese Hilfe zu konzentrieren in ihrer Hand, um der russischen Regierung politische Bedingungen zu stellen.

um von ihr für das Brot politische Zugeständnisse an die russische Bourgeoisie zu fordern.

Sie hegen den Plan, falls die Sowjetregierung es ab schlagen sollte, der Bourgeoisie freien Spielraum zu gewähren, eine Hez gegen sie zu entfalten, die den militärischen Schlag, den der französische Imperialismus gegen Sowjetrußland vorbereitet, als Hilfsleistung für die Hungernden darstellen soll, als die Begründung mit dem Fajonette in der Hand der Barriere zwischen dem hungernden russischen Volk und seinen Wohlhabenden, die im Auslande Brot angesammelt haben, aber es dank der Boswilligkeit der Sowjetregierung nicht zustellen können.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir fordern euch vorerst dazu auf,

die Bildung der selbständigen proletarischen Hilfskomitees zu beschleunigen.

Nur wenn die Arbeitermassen schnell und energig Hilfe leisten, wird das schändliche Spiel, das die bürgerlichen Regierungen zu treiben beginnen, durchkreuzt. Nur durch schnelles Eingreifen der Arbeiter-Hilfskomitees wird bewiesen, daß nicht technische Ursachen die Hilfsleistung auf-

schieben, sondern der Wille des Weltkapitals, aus den hungernden russischen Bauern und Arbeitermassen ein Spekulationsobjekt zu machen.

Wir fordern euch auf, eine energische Agitation- und Demonstration-Kampagne zu entfalten gegen jeden Versuch der bürgerlichen Regierung, der Sowjetregierung und den russischen Arbeitermassen Bedingungen bei der Hilfeleistung zu stellen. Schlagt ihnen die Hungerpeitsche aus der Hand! Erinnert sie daran, was sogar das englische liberale Blatt, die „Nation“ festgestellt hat, daß die Hälfte dessen, was die englische Regierung zur Zerstörung der russischen Volkswirtschaft mit den Händen Denikins, Koltschaks und Judenitschs verausgabt hat, genügen würde, um die hungernden Gebiete Rußlands mit Brot zu versorgen. Der Schrei

„Nieder mit den Hunger-Spekulationen, Hilfe für die hungernden Volksmassen Rußlands!“

muß die Spalten eurer Blätter füllen, muß in jeder Versammlung erschallen, und wir sind sicher, daß sich in diesem Ruf die Arbeitermassen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit vereinigen werden. Gleichzeitig rufen wir euch auf zum schärfsten Kampf gegen jede Vorbereitung zu einer neuen Intervention.

Arbeiter Frankreichs! Auf euch ruht die Pflicht, mit allen Mitteln, die euch zur Verfügung stehen, den im Bündnis mit den russischen Weißgardisten unternommenen Versuch der französischen Regierung, einen neuen Krieg gegen Sowjetrußland zu entfesseln, zu durchkreuzen. Ihr habt die Pflicht, auf jede Sendung von Munition, auf jede Sendung von Truppen nach dem Osten aufs sorgfältigste zu achten, sie der Deffektivität zu denutzieren und sie so- möglich zu verhindern.

Arbeiter Deutschlands! Die Zeit ist wieder gekommen, wie im Jahre 1920, wo ihr alle Kräfte gesammelt habt, um solidarisch die Munitions- und Truppentransporte durch Deutschland zu verhindern; deutsche Eisenbahner und deutsche Proletariat! Gebt Acht auf die Transporte vom Westen!

Arbeiter der Tschechoslowakei, Polens, Deutschlands, Rumäniens, Finnlands, Estlands und Lettlands! Seid auf der Wacht! Schaut euren Regierungen auf die Finger! Verhindert die Vorbereitungen des Weltkapitals zu einem neuen Krieg gegen Sowjetrußland!

Griechische, jugoslawische und bulgarische Arbeiter! Auch durch euer Gehet Munitionstransporte nach Rumänien. Habt Acht!

Die kommunistische Internationale ist überzeugt, daß die Versuche der Weltreaktion, in erster Linie die Versuche Frankreichs, an dem sozialistischen Eisenband des Proletariats scheitern werden. Die kommunistische Internationale erwartet, daß nicht nur die kommunistischen Parteien, sondern daß alle gewerkschaftlich organisierten Proletarier ihre Pflicht Sowjetrußland gegenüber erfüllen werden. Die vorbereitete Hunger-Offensive gegen Sowjetrußland ist ein Teil der allgemeinen Offensive des Weltkapitals gegen das Proletariat. Die Bourgeoisie der ganzen Welt will Sowjetrußland vernichten, um freie Hand zu haben zum Kampfe gegen das Proletariat in jedem Lande.

Nieder mit der Hunger-Offensive des Kapitals gegen Sowjetrußland!

Nieder mit den Hunger-Spekulationen!

Es lebe die proletarische Hilfe für Sowjetrußland!

Es lebe die solidarische Aktion der Proletarier aller Länder gegen den Weltimperialismus!

Es lebe Sowjetrußland!

Die Exekutive der kommunistischen Internationale.

Der Generalstreik in Grottau.

Einen unerhörten Gewaltakt haben die Regierungsorgane in Grottau (Böhmen) begangen. Am 23. August zogen die Zersplitterten des Grottauer Gebiets zu einer Versammlung der Industriellen, um sich die Antwort auf ihre Forderungen zu holen. Die Herren riefen jedoch aus, mit der Obmann der Industriellen konnte ausfindig gemacht werden. Dieser versprach bald Antwort zu bringen. Die Antwort kam in Gestalt blauer Bohnen. Ein Trupp Gendarmen wurde herbeigeholt, die Leitung der Grottauer Ortsgruppe der Zersplitterten verhaftet und nach Reichenberg überführt. Die Arbeitererschaft auf der anderen Seite, hat sich in entsprechender Weise mit den Zersplitterten solidarisch erklärt. Die Proletarier aller Gebiete des Grottauer Industriengebietes haben die Arbeit niedergelegt und verlangen die sofortige Freilassung der Industriellen.

Kampfen überall!

Reichstein. Nach Meldungen aus reichstein und tischberg wurde die Schlacht am Scharia mit voller Wucht an. Nach einer Meldung des „Reichsteiner“ aus Reichstein hat die kommunistische Regierung beschlossen, eine diplomatische Mission nach Reichstein zu schicken. Reichstein. Nach einer Meldung des „Reichsteiner“ aus Reichstein ist es dort gelungen zu erreichen, wobei zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Von den Reichsteiner wurden mehrere Bomben geworfen. Polizei und Truppen konnten die Ordnung nur mit Hilfe von Panzerwagen wiederherstellen.

„Evening News“ erzählt aus Dublin, daß zwanzig im Internierungslager von Spike Island befindliche Personen seit Sonntag die Hungerkämpfe fortsetzen. 40 weitere Hungerkämpfer wollen heute ebenfalls den Hungerstreik beginnen, wenn sie nicht bedingungslos freigelassen werden. Die Angehörigen der großen Eisenbahn in Nord-Irland haben heute ganz unerwartet den Hungerstreik erklärt und damit den gesamten Eisenbahnbetrieb in Nord-Irland lahmgelegt.

Judien. Aus Calicut wird amtlich gemeldet, daß die Kopalas in dem Gefecht bei Pukatur am 26. August etwa 400 Tote verloren. Die Verluste der Engländer betragen 2 Tote und 6 Verwundete, darunter ein Offizier.

Marokko. Das „Journal“ erzählt aus Marokko: Die Marokkaner haben gestern drei spanische Zerstörer in der Gegend von Larache angegriffen. Die Spanier mußten zwei von diesen Zerstörern räumen, die von den „Rebellen“ besetzt wurden. Einzelheiten fehlen noch.

Der autonome „Hilfsausschuß“ von der Sowjetregierung aufge-

Das Ministerium des Innern hat von verschiedenen Seiten die Bekämpfung, daß der alt-russische Hilfsausschuß für die Hungernden von der Sowjetregierung aufgelöst worden ist. Die Mitglieder dieses Ausschusses wurden am Sonntag verhaftet. Es tritt von Tag zu Tag deutlicher hervor, daß die Sowjetregierung die Verteilung von Lebensmitteln und Unterstützungen selbst in die Hand nehmen will. Als Bedingung für den Abschluß eines Abkommens mit dem Rausen-Ausschuß soll sie die Eröffnung eines Kredites von 10 Millionen Pfund für Unterstützungen, über die sie sich freie Verfügung vorbe- hält, verlangen haben.

Der autonome „Hilfsausschuß“, in dem bekannte bürgerliche und sogar zaristische Politiker saßen, hat offenbar verstanden, unter dem Deckmantel der „Hilfsaktion“ der russischen und ausländischen Bourgeoisie Einzug in die Hand zu spielen, um die Konterrevolution vorzubereiten. Es beweist die Stärke der Sowjetregierung, daß sie das Komitee auflösen konnte ohne Rücksicht auf das Geschrei, das die Bourgeoisie in der ganzen Welt über die „Schnelle der Hilfsaktion durch die Sowjetregierung“ erheben wird.

Die KPD. zur politischen Situation.

Die neue Zentrale hat ein politisches Rundschreiben verfaßt, dem wir folgendes entnehmen:

1. Die augenblickliche politische Lage.

Der Mord an Erzberger im Zusammenhang mit dem Auftreten von Stahlhelm, Frontkämpfern, Bettow-Vorbed, Regimentsfeiern usw., bedeutet systematische Vorbereitung der monarchistischen Konterrevolution, um sich den Weg zur Macht zu bahnen. Der Schuß auf Erzberger beweist, daß die monarchistische Konterrevolution bereits Front macht gegen die Vertreter der bürgerlichen Demokratie, deren hervorragendster Vertreter Erzberger war. Es ist von Wichtigkeit, besonders hervorzuheben, daß die Monarchistenbünde den Zeitpunkt für gekommen hält, um nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch schon die Mittelschichten, die unter dem Druck der Leuerung usw. in Gärung geraten, einzuschüchtern.

Die nächsten Zwecke des Vorgehens der monarchistischen Konterrevolution sind:

1. Breitere Vorbereitung (organisatorisch und propagandistisch) der Militärdiktatur, die die Bourgeoisie vor dem Andrang der Massen schützen soll.

Die Bewegung ist mehr als die Vorbereitung eines Rapp-Putschs. Sie sucht eine breitere Grundlage zu schaffen für eine monarchistisch gefärbte Rechtsregierung, für ein militärisches Säbelregiment.

2. Einschüchterung der Regierung, damit sie dem Druck der Arbeiterschaft gegen Steuern, Lohnabbau usw. schärferen Widerstand leistet.

3. Einschüchterung der Arbeiter, damit sie sich willig fügen, ebenso Terrorisierung der Mittelschichten.

Demgegenüber muß sich die Arbeiterschaft, die sich bereits spontan gegen das freche Auftreten der Konterrevolution gewandt hat, zusammenschließen und planmäßig jedem Schritt der Monarchisten entgegenreten.

2. Die Haltung der Regierung.

Die erste Aeußerung der Regierung Wirth-Mathenau-Gradnauer war ein jämmerliches Gewinsel über die Folgen des Mordanschlags, über die Störung des öffentlichen Friedens, d. h. ein Jammergeschrei über die drohende Mobilisierung der proletarischen Massen gegen die monarchistische Front. Das Ziel der Regierung und der demokratischen Mittelparteien ist vollkommen klar ausgedrückt in dem Erlass des Reichspräsidenten vom 29. August d. J. Dieser Erlass verhängt den kleinen Belagerungszustand. Er ist scheinbar gegen die monarchistischen Elemente gerichtet. Die demokratische Regierung schaffte sich damit die Waffe, um die aufsteigende Massenbewegung der Arbeiterschaft zu zügeln. Da die Durchführung des Erlasses in den Händen der monarchistisch gesonnenen Beamten in den Verwaltungsbehörden und den nicht weniger reaktionären Gerichten liegt, wird der Erlass ausschließlich gegen die Kommunisten angewandt werden, genau so, wie einst der Erlass Eberts gegen die Bildung von bewaffneten Verbänden, der sich scheinbar gegen die Orgele richtete, in der Praxis nur gegen die Kommunisten wirksam wurde. Der Erlass des Reichspräsidenten wird daher den monarchistischen Elementen die Gelegenheit geben, die Kommunisten zu knebeln und die eigene Arbeit im Stillen fortzusetzen.

3. Einstellung der SPD.

Die SPD. erklärt sich mit dem Erlass der Regierung vollkommen einverstanden. Ihr ist dieser Erlass der Regierung eine willkommene Ergänzung zu ihrem eigenen Geschrei über die KPD., dem „Gegner der republikanischen Verfassung von links“. Die SPD. sucht die Erbitterung der Arbeiter zu beschwichtigen, indem sie auf die angeblichen Taten der Regierung hinweist. Statt an die Kraft der Arbeiter zu appellieren, die allein einen Schutz gegen die Monarchisten bilden kann, sucht die SPD. die Erbitterung der Arbeiterschaft auszunutzen zu einem Druck

auf die Regierung, der SPD. mehr Einfluß innerhalb dieser Regierung zuzugestehen. Die Massendemonstrationen, zu denen die SPD. auffordert, werden beschränkt auf die Ziele:

1. Geschlossenen Widerstand der Arbeiter gegen öffentliches Auftreten der monarchistischen Elemente.
2. Vorbereitung zu einer Entschärfung der Regierung im Reich und in Preußen (Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung: größerer Einfluß in der Verwaltung).

4. Einstellung der USPD.

Die Unabhängigen legen Wert darauf, organisatorisch und politisch in engerer Fühlung mit der SPD. zu bleiben. Ihre Haltung unterscheidet sich daher nur dem Ton und kaum dem Grade nach von der der SPD. Den anfänglichen großen Kampfpunkten ist praktisch die absolute Gemeinschaft mit der SPD. gefolgt. Auch die USPD. fordert jetzt nur noch die Entfernung der monarchistischen Elemente aus Reichswehr, Verwaltung und Justizorganen. Ihre Haltung läuft auf die Vorbereitung ihres Eintrittes in die Regierung hinaus. Auch der Versuch, der völligen Isolierung der Kommunisten wird von der USPD. nachgeahmt.

5. Unsere eigene Haltung.

Unsere Partei muß mit dem allerhöchsten Nachdruck darauf hinweisen, daß weder Änderungen in der Zusammenfassung der Regierung, noch päperne Erlasse der bürgerlichen Regierung die konterrevolutionäre Gefahr beseitigen, sondern nur der geschlossene Kampf der Arbeiterschaft, der zur Eroberung von wirklichen Machtpositionen führen muß. Unsere Partei muß deshalb die Arbeiterschaft zu mobilisieren versuchen. Sie muß insbesondere in den Betrieben auf die Arbeiter einwirken, sie über die Situation und über die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr der konterrevolutionären Gefahr unterrichten und zur Durchführung dieser Maßregeln zu bestimmen suchen.

Unsere nächsten Ziele sind:

1. Restlose Entwaffnung der reaktionären Formationen (Orgele, Einwohnerwehr, Stahlhelm, Korbach usw.).
2. Entfernung aller offenen und verkappten Monarchisten aus der Reichswehr, Verwaltung und Justiz.
3. Wahl der Vorgesetzten in der Reichswehr und Schupo durch die Mannschaften. Wahl der Richter durch das arbeitende Volk.
4. Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Ostpreußen, Halle-Merseburg. Freilassung aller politischen Gefangenen.
5. Bildung eines organisierten Selbstschutzes der schaffenden Massen zur Sicherung und als Bürgschaft für die Durchführung der obigen Forderungen.

Dieser Selbstschutz kann die Form von Ortswehren annehmen, die aus allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und unteren Beamten zu bilden sind. Der Zweck dieser Ortswehren ist die Abwehr aller monarchistischen und konterrevolutionären Überfälle.

Diese Forderung des proletarischen Selbstschutzes kann anknüpfen an Punkt 10 des „Vielefelder Abkommens“, der folgendermaßen lautet:

„Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in der Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angehörigen und Beamten gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt.“

Die Rechtssozialisten und die Gewerkschaftsvorstände müssen nachdrücklich an dieses Vielefelder Abkommen erinnert werden. Die gesamte Arbeiterschaft muß darüber aufgeklärt werden, daß die Regierung Wirth-Gradnauer jetzt schon durch ihren Erlass den arbeitenden Massen in den Rücken fällt. Die Unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter müssen daran erinnert werden, daß die

Stärkung der Offiziers- und Monarchistenfront die Folge der Haltung ihrer Führerschaft ist. Jeder Schritt, den die SPD. und USPD.-Führer unternehmen werden, um die Massenbewegung abzuwürgen, zu verwirren oder zu lähmen, muß ruhig, aber fest durch Aufbedingung dieser Absichten gebindert werden.

An die Zehnergruppenführer.

Die gesamte Parteiorganisation muß eingestellt sein auf die höchste Aktivität. Jedes Mitglied muß in den jetzt kommenden Lohn- und Steuerkämpfen, Demonstrationen und Streiks für die Herstellung einer kampfbereiten Einheitsfront mitarbeiten.

Um das möglich zu machen, muß jeder Zehnergruppenführer sofort zu jedem einzelnen Genossen in die Wohnung gehen und ihn fragen:

1. Ob in seinem Betrieb und in seiner Gewerkschaft eine Fraktion besteht;
 2. ob die Fraktion Stellung genommen hat zu den Lohnbewegungen;
 3. ob von der Fraktion das Material (Redebeiträge, Resolutionen und Anleitung der Partei) vom Parteibüro oder in den Ortsgruppen des Bezirks vom Ortsgruppenvorsitzenden abgeholt sind;
 4. ob in dem Betrieb und in der Gewerkschaft bereits Stellung genommen ist zu der Leuerung, hat in diesen Versammlungen ein Genosse von uns gesprochen, ist die Resolution angenommen;
 5. wenn keine Fraktion besteht, muß der Genosse mit der Bildung sofort beauftragt werden. Material gibt es durch die Partei;
 6. wenn keine Betriebs- oder Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden haben, sind diese sofort einzuleiten, Material hierzu auch von der Partei anfordern.
- Genossen, die gesamte Partei, jedes einzelne Mitglied muß aktiv in die jetzigen Kämpfe eingreifen und ihr als Zehnergruppenführer hat die Aufgabe, jedes Mitglied zu mobilisieren.

An die Arbeit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Die kommunistische Presse über den Parteitag.

Im Stuttgarter „Kommunist“ schreibt Genosse Hörnle über den zweiten Parteitag der KPD.:

„Die Episode Seyer und Düwelle zeigte gleich zu Anfang blutig die Kraft und Geschlossenheit der Partei. Wochen die Wogen der Debatte noch so hoch gehen, mochte noch soviel Gegensatz zwischen äußerster Rechten und äußerster Linken herrschen — der Boden war vorhanden, auf dem man sich einigen konnte, nämlich der feste, ehrliche Wille, nicht zu verfeinern, sondern gemeinsam zu kämpfen, gemeinsam die Partei in eine feste, schlagartige Waffe, in eine wirkliche Führerin und Streiterin der proletarischen Revolution umzuformen gemäß den politischen und taktischen Richtlinien des Moskauer Weltkongresses.“

„Zurückbleibt denn auch die Auseinandersetzung über die Märzaktion auf dem Parteitag im parteigewissen Rahmen. Man hatte Abstand genommen zu den Ereignissen im März; der Weltkongress hatte klärend und erhellend auf die Heißsporne links gewirkt. Der Streit, wer recht, wer unrecht bekommen habe, verlor in den Hintergrund angesichts der festen und großen Tatsache, daß Rechte wie Linke entschlossen waren, die Lehren der Märzaktion ehrlich zu prüfen und danach zu handeln.“

Das bewies die mit überwältigender Mehrheit angenommene Resolution zum Weltkongress, deren Gesicht ganz nach vornwärts gekehrt ist, deren politische Bedeutung weniger in ihrer Beurteilung der Vergangenheit liegt, als in dem starken Bekenntnis zu den Aufgaben der Zukunft, zur fortwährenden Vorbereitung der neuen Kämpfe, zur tatkräftigen Kühnheit und Klugheit in ihrer Durchführung. Und Clara Zetkin zeigte den Weg, den jeder politisch weitblickende, ehrlich revolutionäre Kritiker der Märzaktion hätte gehen müssen, als sie — trotz Protest gegen einzelne Wendungen und Sätze — der Resolution als Gesamtheit mit Nachdruck zustimmte. Alle Differenzen im einzelnen verfließen und müssen verfließen, wo es gilt, dem Ansturm der Gegenrevolution in geschlossener Front, an der Spitze der Arbeitermassen die Stirn zu bieten.“

Höhere Zwecke.

Von August Strindberg.)

4 Herr Weber in Rasbo war zerschmettert. Er wagte nicht, sofort nach Hause zu gehen, sondern stürzte in die Kirche hinein, wo er am Altar niederfiel. Die Türen des vergoldeten Altarschrankes standen offen, und die Wandern des Erzählers nach Golgatha wurde von den roten Strahlen der Abendsonne beleuchtet. Der Priester war in diesem Augenblick nicht der Gerächthalter des drohenden und strahlenden Herrn, sondern er lag wie die gequälte Gemeinde auf seinem Angesicht und bat um Gnade. Er blickte zu Christus auf, aber er sah kein Mitleid. Der nahm seinen Kelch aus der anbietenden Hand und leerte ihn bis auf den Grund; er trug sein Kreuz auf seinem zerfetzten Rücken die steile Höhe hinauf, wo er hingeworfen werden sollte; aber über dem Kreuzigten öffnete sich der Himmel. Es gab also etwas über und hinter all diesen Leiden. Er fing an, die Gründe zu dieser Menschenopferung zu untersuchen, die nun das ganze Land heimjucken sollte. Die Kirche hatte gesehen, wie die Menschen anfangen, an der Religion der Priester, Richter und Büttel zu zweifeln, denn die Menschen hatten ihre Richter voller Schwärze gefunden. Jetzt sollte die Priesterschaft zeigen, daß sie sich selbst für Christi Sache das Herz aus der Brust reißen und es auf den Altar legen konnte. Aber, fuhr seine außerordentliche Vermutung fort, das Christentum hat ja Menschenopfer abgelehnt. Die Gedanken gingen ihren eigenen Weg und dachten: viel leicht war ein Gedanke in den Opfern der alten Heiden. Abraham war Heide, denn er kannte Christus nicht, und er war ja bereit, seinen Sohn auf Gottes Befehl zu opfern. Christus wurde geopfert, alle heiligen Märtyrer sind geopfert worden, warum sollte er da gespart werden? Dazu war kein Grund, und er mußte bekennen: wenn das Gott fortjahren sollte, an seine Predigt zu glauben, konnte es auch fordern, daß er das Liebste opfere, sich selbst, denn er und seine Frau waren ja eins. Er mußte dies bekennen, und er empfand einen eigenartigen, neuen Genuß in dem Gedanken an die furchtbaren Leiden, die ihm bevorstehen. Dazu kam der Hochmut und die Wut, die die Krone des Märtyrers; die erhobte ihn über diese Gemeinde, auf welche er gewohnt war, vom Hochaltar herabzublicken, die aber nun angefangen, ihr Haupt zu erheben, und trotzig gedroht hatte, diesen erhöhten Platz zu räumen.

Gestärkt und gewedt von diesem Gedanken, erhob er sich und ging in die Altarschranke hinein. Er war nicht mehr der zerschmetterte Säuber, sondern der Gerechte, der verbiente, an Christi Seite zu stehen, da er ebenso viel gelitten hatte wie der. Er sah stolz auf diese Weltchemel nieder, welche in der Dämmerung knickenden gingen, und er schwebte die Strafgerichte des Gerechten auf ihre Häupter nieder, weil sie nicht an seine Predigt glauben wollten. Er riß seinen Rock auf und zeigte ihnen seine blutige Brust, in der ein leeres Loch von dem Herzen war, das er seinem Gott geschenkt hatte. Er bat die Kleingläubigen, die Hände in seine Seite zu stecken und überführt zu werden. Er fühlte sich während des Lebens wachen, und seine überreizte Einbildung verlegte ihn in Ekstase, so daß die Wirklichkeit des Gedankens für einen Augenblick eingestellt wurde und er eins mit Christus zu sein glaubte. — Jetzt konnte er nicht kommen, und er fiel zusammen wie ein zerbrochenes Segel, als der Kirchenbiener hereinkam und schließen wollte.

Auf dem Heimwege fühlte er sich unglücklich, daß die Straße vorüber war, und er würde gern nach der Kirche zurückgekehrt sein, wenn nicht etwas Unheimliches, das sich in der Form eines schwachen Pflichtgefühls äußerte, ihn nach Hause gerufen hätte. Je näher er kam, desto fühlte er sich sein Gefühl und desto geringer glaubte er zu sein. Als er aber zur Tür her eintrat und seine Frau ihn mit offenen Armen und einer umarmenden Frage, warum er ausgeblieben, empfing, und als er die schöne Wärme spürte, die ihm vom Herz entgegenstrahlte, und die Kinder so ruhig und blühend schlafen sah, da empfand er den ganzen Wert dessen, was er nun aufgeben sollte, und er öffnete sein Herz, nach dem all sein junges Blut strömte, und er fühlte die ganze weltstürmende Macht der ersten Liebe, die alles tragen kann, von neuem erwachen, und er schwur, niemals die Geliebte seines Herzens zu verlassen, und die beiden Gatten fühlten sich wieder jung, und sie saßen nebeneinander bis Mitternacht, und sie sprachen von der Zukunft, und wie sie der drohenden Gefahr entgegen traten.

Der Sommer verging für die glücklichen Gatten wie ein schöner Traum, während dessen sie vergaßen, daß das Erwachen bevorstand.

Indessen war das päpstliche Gebot in der Gemeinde bekannt geworden: mit einer gewissen Schwärze nahmen sie es auf, teils weil sie ihren geistlichen Herrschern ganz ein kleines Gefegeneur gönnten, teils weil sie hofften, jetzt ihre

Priester billiger zu bekommen, da sie ohne Familie leben mußten. Ferner gab es in der Versammlung einen Hausen Frommer, die alles, was vom Bischof und Papst kam, hin nahmen, als komme es vom Himmel. Die behandelten die Frage vor- und rückwärts und blieben bei der Ansicht stehen, eine fleischliche Verbindung zwischen Priester und Weib müsse sündig sein. Diese Frommen, die erwartet hatten, den Pfarrhof unmittelbar auf die Rundgebung von der Sünde gereinigt zu sehen, fingen an zu murmeln, als sie ganz und gar nicht fanden, daß ihr Herr irgend welche Zeichen gab, daß er zu geborchen beabsichtigte. Das Gemurmel wuchs an Stärke, als zufällig der Witz in den Kirchenturm schlug. Dann kam Mißwachs im Herbst. Da wurden die Stimmen lauter, und die Frommen schickten eine ausgewählte Schar nach dem Pfarrhof, die erklärte, sie gedächten nicht das Sakrament von einem Priester einzunehmen, der in Sünde lebe. Sie forderten, daß er sich sofort von seiner Frau trenne, wenigstens vom Weib; er habe ferner nicht das Recht, mit ihr Kinder zu zeugen, da diese ja für unehelich erklärt würden; und sie drohten, sie würden ihren Pfarrhof mit Feuer reinigen, wenn er nicht mit Ausgang des alten Jahres rein wäre.

Um der Gemeinde zu zeigen, daß sein Ehebündnis nicht eines des Fleisches war, ließ Herr Weber das große Bett auf die Höhe hinaustragen und schloß künftighin in der Küche.

Es wurde eine Zeitlang still, aber eine merkwürdige Veränderung fing an sich beim Priester zu zeigen. Er ging öfter in die Kirche als er brauchte und verteilte dort bis zum späten Abend. Er wurde verschlossen und hielt gegen seine Frau und schaute sich ihr zu begegnen. Die Kinder konnten er lange Stunden auf dem Schoße haben und sie liebten, ohne ein Wort zu sagen.

Bei der Martinsmesse im November kam der Diakon vom Domkapitel zu Besuch, und er hatte ein sehr lautes Gespräch mit Herrn Weber. In der Nacht schlief dieser oben auf dem Boden, und er fuhr fort, dort künftighin zu schlafen. Die Frau sagte nichts, aber sie sah den ganzen Verlauf, ohne die Lust, etwas ändern zu können. Der Stolz ihrer Seele verbot ihr eine Annäherung, und als der Mann anfang, seine Nachbarn zu eigenen Stunden einzunehmen, trafen sie sich selten. Er wurde schmerzhaft, und die Augen saßen in den Höfen hinein; er sah die Abend und schlief auf bloßem Boden unter einem Sechensack.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ vor der Strafkammer.

Die Sozialdemokraten sollen ihren Einfluß auf

~~Verlag des Verlages v. G. m. b. H. Berlin, Druck Friedrichstadt.~~
~~2. Aufl. v. G. m. b. H. Berlin SW 48.~~